

# Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptpostamt Bad Schandau, Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank: Bad Schandau 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postcheckkonto: Dresden 33 527

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbjährlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Lageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtendorf, Schmitz, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Fieke, Jah. Walter Fieke Verantwortlich: R. Kohnstapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7 gespaltene 35 mm breite Pettzeile 15 Pfg., für auswärtige Auftragsgeber 20 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“, „Aus der Welt der Frau“, „Industrielle Sonntagsbeilage“

Richterscheine einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streit, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 45

Bad Schandau, Mittwoch, den 23. Februar 1927

21. Jahrg.

## Für eilige Leser.

\* Das Einsturzungsgeld in Frankfurt a. M. hat noch ein fünftes Todesopfer gefordert.

\* Die Zahl der wegen der Zerstörung des Kaiserin-Elisabeth-Denkmal in Meran Verhafteten hat sich auf 27 erhöht.

\* Wie die TL. erfährt, ist Staatssekretär Dr. Trendelenburg zur Teilnahme an der Sitzung des Wirtschaftskomitees des Völkerbundes nach Rom abgereist.

\* Wie aus Lissabon gemeldet wird, sind gestern die Anführer des letzten portugiesischen Aufstandes nach den Azoren und anderen portugiesischen Kolonien deportiert worden, um dort abgeurteilt zu werden.

## Wilna und Memel.

von Dr. Reinhold Jenz-Königsberg.

Der alte Satz „Unrecht Gut gedeihet nicht“ findet in der Nachkriegsgeschichte sein bestes Beispiel am Wilna und am Memelgebiet, die beide widerrechtlich anektiert worden sind, über deren Besitz die Gewalttätigen Polen und Litauern aber nicht trost werden können. Seit das Unrecht geschah, wird die Politik der baltischen Staaten immer wieder von hier aus beunruhigt, sobald sich einmal Anlässe zu einer Festigung der Verhältnisse zeigen. Die Beziehungen unserer nächsten östlichen Nachbarn untereinander sind ohne Kenntnis der Wilna- und Memelfrage kaum verständlich.

Der erste litauische Staat, der um 1252 als Großherzogtum entstand und sich bis ins südliche Rußland ausdehnte, wählte Wilna für sich in Anspruch nehmen. Er stieß dabei auf den bei der dritten Teilung Polens an Rußland fiel, ist Wilna die litauische Hauptstadt geblieben, obwohl das Land selbst seit 1501 durch Personalunion, und seit 1569 in allen Staatsangelegenheiten mit dem Königreich Polen verbunden war. Als im Jahre 1918 der litauische Staat wiedererstand, konnte er daher Wilna als seine alte Hauptstadt und damit auch das Gouvernement Wilna für sich in Anspruch nehmen. Es stieß dabei auf den Widerspruch des ländlicheren Polen, das auch dieses Gebiet mit seinen 43 000 Quadratmetern und seinen anderthalb Millionen Bewohnern verschlucken wollte. Zunächst gelang es Litauen jedoch, sich in Wilna festzusetzen. In den Friedensverhandlungen zu Riga, die den russisch-polnischen Krieg abschließen sollten, sollte ihm dieser Besitz garantiert werden, denn anfänglich des fast gleichzeitig abgeschlossenen litauisch-polnischen Waffenstillstandsvertrages von Suwalki hatte die polnische Regierung in einer Note erklärt, sie wolle im Wilna-gebiet keine Eroberungen machen. Schon zwei Tage später wurde der Waffenstillstand durch den polnischen General Zeligowski gebrochen, der angeblich eigenmächtig über die Demarkationslinie vorrückte und die Stadt Wilna besetzte. Die polnische Regierung bezeichnete das Vorgehen des Generals und seiner Truppe als Meuterei. Dies war ein plumpes Komödientenspiel, zu dem man sich dem Völkerbund gegenüber verpflichtet fühlte. Wenige Wochen später erklärte die polnische Regierung jede Verständigung mit Litauen über das Wilna-gebiet für unmöglich. Obwohl der Völkerbund seinerseits den Versuch machte, eine Volksabstimmung durchzuführen, verließen seine Bemühungen im Sande. Das Wilna-gebiet war polnisch geworden.

Litauen schaute bald eine Möglichkeit, sich für den Verlust des Wilna-gebietes schadlos zu halten. Diese sah es an seiner Nordostgrenze gegeben, wo die früheren deutschen Landkreise Memel, Seddenburg und Ragnit, die im Versailler Vertrag abgetreten werden mußten, als „Memelgebiet“ bis auf weiteres unter französischer Verwaltung standen. Dieses Memelgebiet mit seinen 142 000 Einwohnern, von denen die Litauer oder litauisch Gemischten laut Abstammung von 19. Oktober 1924 höchstens den vierundzwanzigsten Teil ausmachen, war von Deutschland losgerissen worden, weil die Mehrzahl der Einwohner angeblich aus Litauern bestehe. Unter diesem Vorwand rückten im Jahre 1923 genau an dem gleichen Tage, als die Franzosen ins Ruhrgebiet einmarschierten, die litauischen freiwilligen Schützenverbände ins Memelgebiet ein. Die französischen Truppen, die im Auftrage des Völkerbundes anwesend waren, rückten ab, ohne einen Schuß abzugeben. Auch in diesem Fall war eine vollendete Tatsache geschaffen, mit der sich die Völkervereinigung und der Völkerbund noch schneller absanden als mit der Einverleibung von Wilna. Litauen mußte allerdings dem Memelgebiet eine gewisse Selbstverwaltung zugeteilen, die durch das Memelstatut garantiert werden sollte.

Beide Staaten haben an ihrem Raube wenig Freude erlebt, weil sich die eingeseffene Bevölkerung mit der Vergewaltigung nicht abgefunden hat und niemals abfinden wird. Im Memelgebiet liegen die Verhältnisse besonders schwierig, weil das Gros der Bevölkerung, über sechzig Prozent, aus Weißrussen besteht, während die Litauer 17,6, die Polen dagegen nur 8,2 Prozent ausmachen. Der Rest von 12,8 Prozent fällt auf die Juden. Die weißrussische Bewegung ist seither immer stärker geworden, so daß Polen ihrer kaum mehr Herr zu wer-

den vermag, während sich die Weißrussen mit den Litauern eher vertragen würden. Aus diesem Grunde ist der polnische Diktator Pilsudski seit längerer Zeit bemüht, die alte polnisch-litauische Staatsunion wieder zu verwirklichen, ohne allerdings bei Litauen viel Gegenliebe zu finden. Das hat sich seit der Dezemberumwälzung in Litauen geändert und auch seit England, um einen Balkenblock gegen Rußland zustande zu bringen, dem wirtschaftlich fast zusammenbrechenden Litauen eine Anleihe in Aussicht gestellt hat, falls es sich den polnischen Wünschen gefällig zeigt. Ob die polnisch-litauische Staatsunion wirklich wieder auflebt, steht freilich noch dahin.

Das Memelgebiet ist bisher bei allen Beschwerden vom Völkerbund im Stich gelassen worden. Litauen kümmert sich so gut wie gar nicht um die Memelübereinkunft, sondern sucht durch alle möglichen Druckmittel das Land zu litauisieren, um seine Selbstverwaltung zu besetzen. Auf die Bevölkerung am 19. Oktober 1925 bei starker Wahlbeteiligung 27 deutsche Abgeordnete und nur 2 Großlitauer gewählt hatte, wurde so gut wie keine Rücksicht genommen. Als Landespräsidenten, die vom Vertrauen des Landtages abhängig sind, wurden von den Litauischen

Gouverneuren im Memellande nur Großlitauer ernannt, so daß eine stetige Regierung unmöglich wurde. Der Memel zustehende Finanzanteil wurde ihm vorenthalten, um die Memelländer durch wirtschaftlichen Druck gefügig zu machen. Schließlich wurde der Landtag im Januar dieses Jahres unter einem willkürlichen Vorwand aufgelöst. Litauen verpflichtet sich viel von den Neuwahlen, die unter immer noch bestehendem Belagerungszustand, unter Pressensur und bei behinderter Versammlungsfreiheit vor sich gehen sollen. Etwa 7000 Memelländer, die im vergangenen Jahre sich für die deutsche Staatsangehörigkeit entschieden haben, dürfen nicht mitwählen; dafür soll aber jeder Litauer, ob Zivillist oder Soldat, wahlberechtigt sein, ganz gleich, wie lange er sich im Memelgebiet befindet. Ob nun die Wahlen am 4. März wieder zu einem einwandfreien Siege des Deutschland werden, oder ob ihr Ergebnis durch litauische Machenschaften verfälscht wird: das Memelland ist und bleibt deutsch, diese Tatsache wird Litauen nie aus der Welt schaffen können.

Die Randstaaten werden nicht eher zu einer ruhigen Entwicklung kommen, als bis das Wilna- und das Memelgebiet durch das ohne jedwede Beeinflussung ausgeübte Selbstbestimmungsrecht über ihr künftiges Schicksal entscheiden können.

## Chaos in Schanghai

Ein meuterndes Kriegsschiff beschießt die Stadt. — Die chinesische Polizei geht zu den Kantontruppen über. — Aufruhr gegen die Blutherrschaft.

Wie aus Schanghai berichtet wird, war noch der heutige Vormittag in der Stadt verhältnismäßig ruhig verlaufen. Die Streiklage zeigte sich gegen gestern wenig verändert und zur Beförderung der durch den Postbeamtenstreit seit vier Tagen liegen gebliebenen Auslandspost wurde in der internationalen Niederlassung ein internationaler Posthilfsdienst eingerichtet. Da der Verteilungsdienst von Schanghai über jeden streikenden Postbeamten die Todesstrafe verhängen wollte, lehrte alsbald auch ein großer Teil der chinesischen Postbeamten wieder in die Postämter zurück.

Ganz plötzlich änderte sich dieses Bild, als die Bororte von Schanghai von einem meuternden Kriegsschiff der nordchinesischen Flotte bombardiert wurden. Eine ungeheure Aufregung griff besonders unter den Ausländern um sich, die sich sogar teilweise auf die ausländischen Schiffe im Hafen flüchteten. Die ausländischen Freiwilligen-Korps und die britischen Expeditionstruppen verkündeten sofort die höchste Alarmbereitschaft, zumal noch in der französischen Konzeption Unruhen ausbrachen. Deserteure aus der geschlagenen Suntschuanfang-Armee mischten sich unter das Volk, das sich in wilden Hufschritten gegen die Blutherrschaft des Verteilungsdienstkommissars von Schanghai erging. Man nahm schon an, daß die Kantontruppen dicht vor der Stadt ständen, um sich mit den Demonstranten zu vereinigen. Die chinesische Gendarmerie in Schanghai hat sich heute von Suntschuanfang losgelöst und ganz offen kundgegeben, daß sie mit ihrem Auszug aus der Stadt zu den Kantontruppen übergehen wird.

### Beim Bombardement von Schanghai 2 Amerikaner verletzt.

Wie aus Schanghai gemeldet wird, sind bei dem Bombardement der Stadt 2 amerikanische Staatsangehörige verletzt und 2 Chinesen getötet worden. Der Feuerüberfall ging von zwei nordchinesischen Kanonenbooten aus, deren Besatzung zu der Kantonregierung übergetreten ist und mit dem Bombardement versuchen wollte, einerseits in Schanghai den schon lange erwarteten Aufstand zu entfachen, andererseits selbst auf dem Whangpoo-Fluß mit der Kantonflotte zusammenzutreffen.

Der britische Befehlshaber in Schanghai hat heute 800 Soldaten des Suffolk-Regiments gelandet und dafür zwei indische Infanterieabteilungen nach Hongkong zurückgezogen.

In Tschang haben Streikposten zwei vor Anker liegende britische Flugschiffe überfallen, die Kapitäne der Schiffe verletzt und mehrere Matrosen über Bord geworfen.

### Eine Briand-Erklärung über China.

Paris, 22. Februar. In der heutigen Sitzung der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten erklärte Briand bei der Betrachtung der chinesischen Ereignisse, daß sich Frankreich im chinesischen Bürgerkrieg weiterhin neutral verhalten werde. Frankreich werde die Neutralität nur dann aufgeben, wenn französischen Leben oder Eigentum Angriffen ausgesetzt würden.

### Englische Drohnote an Rußland.

Bedeutende Erklärungen Litwinow's. Die Beziehungen zwischen England und Sowjetrußland, die schon oft vor dem Abbruch standen, haben sich durch die Unterstützung der nationalistischen Bestrebungen in China durch Rußland abermals zugespitzt. „Daily Chronicle“ will erfahren haben, daß die englische Regierung an Rußland eine Warnungsnote richten will, in der auf die häufige Verletzung der aus dem Handelsabkommen des Jahres 1921 erwachsenen Verpflichtungen Rußlands, von jeder England feindlichen Propaganda Abstand zu nehmen, hingewiesen wird. Die Note wird weiter daran erinnern, daß England Rußland bereits sechs mal gewarnt habe, so daß bei weiteren Beschwerden die englische Regierung sich vorbehalten müsse, ohne vorherige Warnung das Handelsabkommen zu kündigen und die Beziehungen zu Rußland abzubrechen.

Zu gleicher Zeit wird bekannt, daß auch auf der Tagung des Zentralerklärungskomitees der Sowjetunion die etwas getrübbten Beziehungen zwischen England und Rußland zur Sprache kamen. Der stellvertretende Volkskommissar des Äußeren, Litwinow, betonte auf eine Anfrage, daß in England eine sowjetfeindliche Strömung vorhanden sei, hinter der ehemalige zaristische Beamte und eine Gruppe sogenannter Gläubiger Rußlands stehen. Dieser Kampagne würden sich offen einige Mitglieder der englischen Regierung anschließen. Litwinow betonte, daß die Sowjetregierung weder jetzt noch früher auf richtige Sympathie für die Freiheitsbewegung des chinesischen Volkes verheißt habe. Er erklärte noch einmal, daß Rußland zur Erörterung und friedlichen Beilegung von Konflikten und Differenzen bereit sei. Er gab schließlich der Hoffnung Ausdruck, daß England die Simultaneität der sowjetfeindlichen Kampagne einsehen und den Bestrebungen der Sowjetregierung zur Herstellung normaler Beziehungen zu England entgegenkommen werde.

# Weißer Woche • Emil Lange, Birna

Beginn Montag früh 8 Uhr

Ecke Dohnaische Straße - Schuhgasse / Fernruf 840